



**Beschlussbuch zur ordentlichen  
Unterbezirkskonferenz 2012  
der Jusos Minden-Lübbecke**



Antragssteller: Juso UB-Vorstand

Zur Weiterleitung an den SPD-Unterbezirksparteitag

## 1 **Positionspapier: SPD Minden-Lübbecke erneuern**

2 Mit einem stolzen Alter von etwa 150 Jahren ist die SPD die traditionsreichste Partei  
3 Deutschlands. Aber kann man in diesem stolzen Alter noch sexy sein? Den Weg in  
4 die Zukunft kann man nur im Bewusstsein der Vergangenheit gehen. Trotzdem gilt es  
5 Themen, Ideen und Strukturen der Zeit anzupassen. Damit das passieren kann,  
6 muss sich die SPD stark verändern. Das Durchschnittsalter von 56 Jahren spricht  
7 nicht für eine moderne Partei. Entscheidungen, die von intransparenten Gremien  
8 getroffen und dann an die Basis weitergeleitet werden, sprechen nicht für  
9 funktionierende Strukturen. Der geringe Frauenanteil in der Partei spricht nicht für  
10 eine angemessene Wiedergabe der Gesellschaftsverhältnisse. Die Partei muss  
11 jünger, demokratischer und weiblicher werden.

12 Da Veränderungen immer am besten von unten nach oben funktionieren, ist es für  
13 eine Parteireform unerlässlich auch vor Ort über Veränderungen zu diskutieren.  
14 Damit die SPD Minden-Lübbecke mit der Zeit mithalten kann, sind einige  
15 Veränderungen notwendig.

## 16 **Themen stehen im Mittelpunkt**

17 Das Profil der SPD Minden-Lübbecke ist derzeit nicht sonderlich klar und muss  
18 verschärft werden. Dazu bedarf es deutliche Positionen. Bisher in der Partei  
19 vernachlässigte, aber in der Lebensrealität vieler Menschen bedeutende Themen,  
20 wie etwa Netzpolitik oder Datenschutz, müssen auch ins Zentrum der SPD Minden-  
21 Lübbecke rücken. Neben dem Bekenntnis zu kommunalpolitischen Aufgaben in  
22 öffentlicher Hand und einer gerechten Sozialpolitik, muss es auch eine landes- und  
23 bundespolitische Ausrichtung des Unterbezirks geben. Dazu zählt etwa ein gerechtes  
24 Bildungssystem und eine auf Friedenspolitik beruhende Außenpolitik. Die  
25 Sozialdemokratie hat grundsätzlich eine internationalistische Ausrichtung. Diese gilt  
26 es auch vor Ort zu fördern. Der SPD-Unterbezirk Minden-Lübbecke soll eine  
27 Partnerschaft zu einer vergleichbaren Struktur einer internationalen, über die  
28 „Sozialistische Internationale“ verbundenen, Partei aufbauen. Zu dieser Partnerschaft  
29 gehören die inhaltliche Beschäftigung mit der politischen Situation des Partners,  
30 sowie gegenseitige Delegationsbesuche.

31



32 Jedes Mitglied hat das Recht auf ein gutes inhaltliches Angebot, das  
33 zwar in erreichbarer Nähe, aber qualitativ über dem von Ortsvereinen machbaren  
34 Niveau stattfindet. Deshalb sollen auf Unterbezirksebene Arbeitskreise eingeführt  
35 werden. In den Arbeitskreisen treffen sich alle interessierten Mitglieder, um zu einem  
36 bestimmten Thema zu arbeiten. Die Arbeitskreise sollten inhaltlich breit gefächert  
37 sein, also sowohl kommunal- als auch landes- und bundespolitische Themen  
38 enthalten. Die Treffen sollten regelmäßig an im gesamten Kreisgebiet rotierenden  
39 Orten stattfinden. Um der Arbeit ein nachhaltiges Ziel zu geben, ist eine  
40 Antragsberechtigung zum Unterbezirksparteitag dringend notwendig.

### 41 **Parteimitglieder partizipieren**

42 Die SPD lebt von ihren Mitgliedern. Die Parteibasis muss in den  
43 Meinungsbildungsprozess der SPD Minden-Lübbecke stärker einbezogen werden.  
44 Dazu muss die Arbeit des Unterbezirksvorstandes transparenter werden. Ein  
45 regelmäßiger Brief an die Mitglieder mit Informationen über die Arbeit ist eins der  
46 sinnvollen Instrumente, um allen Mitgliedern einen Einblick zu gewährleisten. Als gute  
47 Möglichkeit der Basisbeteiligung hat sich der Mitgliederkonvent erwiesen. Es ist  
48 durchaus sinnvoll, weitere Mitgliederkonvente zu verschiedenen Themen  
49 durchzuführen.

50 Einigen Veränderungsbedarf gibt es bei den Unterbezirksparteitagen.  
51 Zurzeitscheinen die Parteitage nur noch Pflichterfüllung bei Vorstandswahlen und  
52 eine gute Show für die Presse bei Kandidatennominierungen zu sein. Parteitage sind  
53 eigentlich das höchste beschlussfassende Gremium des Unterbezirks. Die Antrags-  
54 /und Redekultur muss gestärkt werden. Deshalb ist es zunächst wichtig, sich für die  
55 Parteitage Zeit zu nehmen. Für einen Parteitag mit ernsthaft geführten Debatten  
56 reichen zwei oder drei Stunden nicht aus.

57 In Zukunft soll jedes Jahr mindestens ein Parteitag stattfinden. Zusätzlich sollte die  
58 Möglichkeit eines „kleinen Parteitages“ oder eines Unterbezirksausschusses für eine  
59 weitere Beschlussfassung in Betracht gezogen werden.

60 Die Parteitage müssen wieder demokratischer werden. Dazu soll der SPD-  
61 Unterbezirk Minden-Lübbecke sich auf einem Bundesparteitag für die Abschaffung  
62 der Antragskommission aussprechen. Da nicht über die Anträge, sondern über die  
63 Empfehlungen der Antragskommission abgestimmt wird, bekommen hier wenige  
64 Personen zu viel Macht über die inhaltlichen Entscheidungen des Unterbezirks.

65 Daher gehört dieses undemokratische Instrument beseitigt. Als Vorbild können etwa  
66 die Konferenzen der Jusos gelten. Auch die Wahlvorschläge des  
67 Unterbezirksvorstandes sind zu überdenken. Während bei der Vorstandswahl  
68 zumindest auf das Fett-Drucken der Vorstandsvorschläge verzichtete werden sollte,  
69 sollten die Wahlempfehlungen bei Delegiertenwahlen komplett wegfallen.

70 Auch die Ermöglichung von Basisanträgen gehört zur Demokratisierung der  
71 Unterbezirksparteitage. Dazu sollen den Mitgliedern eine Onlineplattform zur



72 Verfügung gestellt werden, auf denen entsprechende Basisanträge  
73 erarbeitet werden. Als Beispiel ist hier der Onlineantrag des SPD-Parteivorstandes  
74 zur „digitalen Kultur“ zu nennen, wo die Mitglieder sich am Erarbeitungsprozess aktiv  
75 einbringen konnten.

### 76 **Jusos – Die Zukunft der Partei**

77 In der überalterten Partei sind junge Mitglieder ein belebendes Element. Oft sind  
78 junge Mitglieder aber bereits nach kurzer Zeit demotiviert, weil sie das Gefühl  
79 bekommen, in ihren Ortsvereinen nicht ernst genommen zu werden. Ortsvereine und  
80 Stadt-/Gemeindeverbände müssen junge Neumitglieder mit offenen Armen  
81 empfangen.

82 Da junge Mitglieder oft neue und erfrischende Ideen haben, sollten sie angemessen  
83 in den Vorständen vertreten sein. Jeder Stadt-/Gemeindeverband, sowie nach  
84 Möglichkeit auch Ortsverein, sollte mindestens ein unter 35-jähriges Mitglied im  
85 Vorstand haben.

86 Um neuen Mitgliedern den Einstieg in die Partei leichter zu machen, sollte jedes  
87 unter 35- jährige Neumitglied einen eigenen Paten im Ortsverein bekommen. Zu den  
88 Aufgaben des Paten gehört es, Fragen zu beantworten, vor allem bei minderjährigen  
89 Neumitgliedern eine Mitfahrgelegenheit zu organisieren.

90 Außerdem sollen Parteigliederungen in Zukunft im ersten Jahr den Mitgliederbeitrag  
91 für unter 35-jährige Neumitglieder zahlen. Das gilt auch für die neue  
92 Jusomitgliedschaft, die auf dem Bundesparteitag im Dezember beschlossen wurde.  
93 Grundsätzlich müssen Ortsvereine, sowie Stadt-/Gemeindeverbände aber nicht eine  
94 komplett auf junge Menschen ausgerichtete Arbeit anbieten. Dafür gibt es die Jusos  
95 Minden-Lübbecke. Der Kontakt zwischen Ortsvereinen und den Jusos ist  
96 auszubauen. Die Ortsvereinsvorsitzenden sollten den Kontakt zwischen jungen  
97 Mitgliedern in den Ortsvereinen und den Jusos herstellen. Mit persönlichem Kontakt  
98 lassen sich Mitglieder auch für die Jusos besser werben als das durch die  
99 Kontaktaufnahme der Jusos zu unbekanntenen Personen möglich ist.

100 Die Mitarbeit von jungen Mitgliedern bei den Jusos ist für alle ein Gewinn. Sowohl für  
101 die Mitglieder und die Jusos, als auch für die Ortsvereine. Den Jusos kann es eher  
102 gelingen junge Menschen langfristig an die Partei zu binden.

103 Die Kommunikation zwischen Jusos und Partei ist zweiseitig. Die Jusos haben  
104 Interesse an der Arbeit der Partei, andersherum sollte es genauso sein.

105

106

107



108 **Mut zu neuen Strukturen**

109 Die Ortsvereine der SPD haben viele Traditionen. Leider sind durch den  
110 demographischen Wandel und den Mitgliederschwund viele Ortsvereine nicht mehr  
111 arbeitsfähig. Vor Ort braucht die SPD den Mut sich strukturell an die neuen  
112 Gegebenheiten anzupassen. Die Zusammenlegung oder die Zusammenarbeit von  
113 Ortsvereinen ist eine Möglichkeit um die Aktivität vor Ort zu erhöhen.

114 Vor allem im ländlichen Raum muss allen Parteimitgliedern die Anreise zu  
115 Veranstaltungen auch ohne Führerschein oder eigenes Auto ermöglicht werden.  
116 Deshalb sollte bei weiten Anfahrten über Fahrgemeinschaften und  
117 Mitfahrgelegenheiten nachgedacht werden.

118 Um in der modernen Gesellschaft anzukommen muss die SPD Minden-Lübbecke  
119 noch breiter in die Netzgesellschaft einbringen. Deshalb müssen die vorhandenen  
120 Webauftritte erweitert werden, um in einen offenen Dialog mit den Bürgerinnen und  
121 Bürgern treten zu können. Die schon funktionierende Außenwirkung durch soziale  
122 Netzwerke müssen ausgebaut und in die Breite der Partei getragen werden.

123 **Die Partei braucht eine Doppelstrategie**

124 Die SPD Minden-Lübbecke muss stärker den Kontakt zu gesellschaftlichen  
125 Bewegungen und NGOs suchen. Vor allem im ländlichen Raum ist es auch wichtig,  
126 Kontakt zu Vereinen aufzubauen. Viele Ortsvereine leisten hier schon eine gute  
127 Arbeit. Der Kontakt und auch die Zusammenarbeit mit Sportvereinen, sozialen  
128 Einrichtungen, Kirchen, Integrationsvereinen, Frauenhäusern und politischen  
129 Organisationen sollte ausgebaut werden. Das Ausrichten gemeinsamer Thementage  
130 ist eine Möglichkeit der Zusammenarbeit.

131 **Bildungsarbeit ist ein Hauptbestandteil der politischen Arbeit**

132 Bildungsarbeit für die eigenen Mitglieder ist eine wichtige Aufgabe für die Partei. In  
133 Minden-Lübbecke gibt es bereits die Parteischule, die gute Arbeit leistet. Allerdings  
134 ist die Parteischule mit viel Zeitaufwand für die Teilnehmer verbunden und nicht jeder  
135 kann diese Zeit aufbringen. Deshalb muss es auch ein kompaktes Bildungsangebot  
136 geben, welches durch die Breite der Mitgliedschaft genutzt werden kann. Dafür soll  
137 der SPD-Unterbezirk Kooperationsseminare anbieten. Wenn also Ortsvereine,  
138 Stadt-/Gemeindeverbände oder Arbeitsgemeinschaften Seminare ausrichten wollen,  
139 sollen sie vom Unterbezirk finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Dafür ist  
140 das Seminar dann aber für alle Mitglieder des SPD-Unterbezirks offen.

141 Auch vom Unterbezirk erarbeitete Abrufseminare sind sinnvoll, da so die  
142 Seminarorganisation vereinfacht wird. Dabei werden den Gliederungen vom  
143 Unterbezirk fertige Seminarmodule mit Materialien und Referenten (interne/externe)  
144 zur Verfügung gestellt. Dazu soll es auch eine Plattform im Internet geben bzw. ein  
145 Extra-Bereich in der internen Webseite, wo die Unterlagen heruntergeladen werden

## Jusos Minden-Lübbecke Beschluss



146 können. Für die Anfrage von internen Referenten wurde ja bereits  
147 eine Möglichkeit im internen Bereich der SPD-Unterbezirksseite  
148 geschaffen.

149 Wichtig sind sowohl die Vermittlung von politischen Grundlagen, etwa Rhetorik,  
150 Methodik oder Strukturen, sowie auch inhaltliche Themen.

### 151 **Lebensgefühl SPD**

152 Selbstverständlich muss die Parteiarbeit auch Spaß machen. Auch  
153 Veranstaltungsformen wie Stammtische haben ihre Berechtigung. Mitglied der SPD  
154 zu sein muss wieder zu einem Lebensgefühl werden. Nur dann schafft eine 150-  
155 jährige Partei es, in diesem stolzen Alter noch sexy zu sein.  
156



Antragssteller: Juso-UBV

Zur Weiterleitung an den SPD-Unterbezirksparteitag  
(Zur Einbringung beim a.o. bzw. ordentlichen SPD-Bundesparteitag)

1 **Kein eVote bei parteiinternen Wahlen**  
2

3 Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen:

4  
5 Der SPD-Unterbezirksvorstand wird aufgefordert folgenden Antrag beim kommenden  
6 a.o. Bundesparteitag bzw. beim nächsten ordentlichen Bundesparteitag einzubringen:

7  
8 Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert zukünftig auf den Einsatz von  
9 elektronischen Wahl- bzw. Abstimmungsgeräten bei Bundesparteitagen zu verzichten  
10 und wieder Wahlen per Stimmzettel durchzuführen.

11  
12 Begründung:

13  
14 Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil im Jahre 2009 festgestellt, dass der  
15 Einsatz von Wahlcomputern bei der Bundestagswahl 2005 verfassungswidrig war.

16  
17 Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes entsprechen Wahlcomputer nicht den  
18 Grundsätzen einer geheimen Wahl. Der ordnungsgemäße Wahl- bzw.  
19 Abstimmungsgang ist für den Wähler nicht überprüf- bzw. nachvollziehbar. Eine  
20 Manipulation von außen kann nicht ausgeschlossen werden.

21  
22 Was für Wahlcomputer gilt, gilt auch für die eingesetzten elektronischen  
23 Abstimmungsgeräte beim ordentlichen Bundesparteitag 2011. Weder ist die Wahl für  
24 die Delegierten überprüf- noch nachvollziehbar gewesen.

25  
26 Nach Wahlordnung der SPD können Wahlen *“angefochten werden, wenn die*  
27 *Verletzung von Bestimmungen der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der*  
28 *Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche*  
29 *Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.”*

30  
31 Da das Bundesverfassungsgericht den Einsatz von Wahlcomputern, dessen Einsatz  
32 nach §35 Bundeswahlgesetz geregelt ist, für verfassungswidrig erklärt hat, besteht  
33 immer die Gefahr, dass Parteiwahlen mit Berufung auf das Verfassungsgerichtsurteil  
34 angefochten werden können. Diese Gefahr kann durch den Verzicht auf elektronische  
35 Abstimmungsgeräte beseitigt werden.

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



Antragssteller: Arbeitskreis Internationales und Menschenrechte der Jusos Minden-Lübbecke

Zur Weiterleitung an die SPD -Kreistagsfraktion  
über den SPD-Unterbezirksparteitag

1 **Menschenrechte gehen vor Haushaltskonsolidierung – Finanzierung von NADESCHDA**  
2 **sicherstellen**

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3 Die SPD-Fraktion im Kreistag Minden-Lübbecke wird aufgefordert in den zukünftigen  
4 Haushaltsplanungen die Zuschüsse des Kreises für die Frauenberatungsstelle  
5 NADESCHDA beizubehalten.

6 **Begründung:**

7 Menschenhandel und Zwangsprostitution ist ein hochaktuelles Thema. Da die  
8 Dunkelziffer sehr hoch ist, sind Aussagen über das Ausmaß von Menschenhandel  
9 schwer zu treffen. Das US-amerikanische Außenministerium geht von 800 000 Opfern  
10 weltweit aus, die pro Jahr grenzüberschreitend gehandelt werden. Europol rechnet mit  
11 „Hunderttausenden“ Opfern, die jährlich zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und  
12 der Arbeitsausbeutung in den Staaten der europäischen Union gehandelt werden. Die  
13 Zahl der Opfer seien steigend. Den größten Anteil des Handels mit Menschen nach  
14 Westeuropa macht der Frauenhandel in die Zwangsprostitution aus.<sup>1</sup>Diese ist gerade  
15 im ländlichen Raum ein großes Problem. Ostwestfalen hat, bezogen auf die  
16 Bevölkerung, die höchste Dichte an bordellartigen Einrichtungen deutschlandweit.<sup>2</sup>

17 Die Frauenberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel NADESCHDA betreut  
18 jährlich etwa 50 bis 70 Frauen in Ostwestfalen, also auch in Minden-Lübbecke. Der  
19 Name kommt aus dem russischen und bedeutet Hoffnung.

---

<sup>1</sup> Die Zahlen sind entnommen: Petra Follmar-Otto und Heike Rabe, Menschenhandel in Deutschland – Die Menschenrechte der Betroffenen stärken, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin Juni 2009, Seite 19-21.

<sup>2</sup> Siehe Mindener Tageblatt vom 17.11.2011 „Kampf gegen ein perfides System von Menschenhandel“.



# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



20  
21 Für viele Frauen bringt NADESCHDA auch Hoffnung. Zu den Betreuungsangeboten  
22 gehören eine muttersprachliche Beratung, psychosoziale Betreuung, Notversorgung  
23 mit Lebensmitteln, Kleidung und Hygieneartikeln, dezentrale Unterbringung,  
24 Begleitung zu Ärztinnen, Psychologinnen und Rechtsanwältinnen, Kontaktaufnahme  
25 zu Behörden, Konsulaten und Initiativen, Klärung der Alimentation, Unterstützung und  
26 Begleitung der Opferzeuginnen in Strafprozessen gegen Menschenhändler und  
27 Zuhälter, Vermittlung von Sprachkursen, Unterstützung bei der Arbeitssuche und Hilfe  
28 bei der Rückreise in die jeweiligen Heimatländer.

29 Zusätzlich arbeitet NADESCHDA daran, das Thema Menschenhandel und  
30 Zwangsprostitution in die Öffentlichkeit zu bringen und Lobbyarbeit für die Opfer zu  
31 betreiben. Auch dieser Teil der Arbeit ist sehr wichtig. Zur erfolgreichen Bekämpfung  
32 des Menschenhandels bedarf es einer Sensibilisierung für das Thema in der  
33 Öffentlichkeit.

34 In Deutschland konnte die Situation von Opfern in den letzten Jahren durch die  
35 engagierte Arbeit von Kooperationsstrukturen und den Aufbau einer nichtstaatlichen  
36 Beratungs- und Unterstützungsstruktur praktisch verbessert werden<sup>3</sup>. Zu dieser  
37 Struktur gehört auch NADESCHDA, die in Minden-Lübbecke und anderen Teilen  
38 Ostwestfalens hervorragende Arbeit leisten. Um diese Arbeit zu leisten sind öffentliche  
39 Mittel notwendig. Der Kreis Minden-Lübbecke bezuschusst NADESCHDA mit 2 500€  
40 jährlich. Das ist ein eigentlich noch sehr geringer Betrag, der trotzdem in der  
41 Haushaltsberatung 2011 auf der Kippe stand.

42 Die hervorragende Arbeit zur Wahrung der Menschenrechte von Frauen, die Opfer von  
43 Zwangsprostitution geworden sind, darf nicht an die Kassenlage von Kommunen  
44 gebunden sein.

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Follmar-Otto/Rabe, Menschenhandel in Deutschland, Seite 46.

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



Antragssteller: Arbeitskreis Internationales und Menschenrechte der Jusos Minden-Lübbecke

Zur Weiterleitung an die SPD -Kreistagsfraktion  
über den SPD-Unterbezirksparteitag

### 1 **Besserer Opferschutz für Betroffene von Menschenhandel und** 2 **Zwangsprostitution**

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen/die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

3 Betroffene von Menschenhandel sollen unabhängig von ihrem ZeugInnenstatus aus  
4 humanitären Gründen aufgrund der erlittenen Menschenrechtsverletzungen Aufenthaltsrecht  
5 in Deutschland erhalten.

6 Die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht wegen Gefährdung im Herkunftsland  
7 müssen gesenkt werden, sodass Opfer von Menschenhandel einen Rechtsanspruch darauf  
8 erhalten.

9 OpferzeugInnen ist während ihres Aufenthalts eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, außerdem  
10 sind ihnen ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

11 Für die Finanzierung des Lebensunterhalts Betroffener bedarf es bundeseinheitlicher  
12 Regelungen, die Leistungen analog SGB II / XII und die Finanzierung von Sprachkursen und  
13 Therapieplätzen beinhalten.

14 Beratungsstellen und Unterbringungsmöglichkeiten für Opfer von Menschenhandel müssen  
15 weiterhin ausreichend staatlich finanziert werden, außerdem bedarf es eines besseren  
16 Schutzes für MitarbeiterInnen von Beratungsstellen, vor allem sollten sie ein  
17 Zeugnisverweigerungsrecht erhalten.

18 Um die Kontrollmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen von Prostituierten zu verbessern,  
19 sollen Bordelle die Erlaubnispflicht in die Gewerbeordnung erhalten.

### 20 **Begründung:**

21 Menschenhandel und Zwangsprostitution ist ein hochaktuelles Thema. Da die Dunkelziffer  
22 sehr hoch ist, sind Aussagen über das Ausmaß von Menschenhandel schwer zu treffen. Das US-  
23 amerikanische Außenministerium geht von 800 000 Opfern weltweit aus, die pro Jahr  
24 grenzüberschreitend gehandelt werden. Europol rechnet mit „Hunderttausenden“ Opfern, die  
25 jährlich zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Arbeitsausbeutung in den Staaten der  
26 europäischen Union gehandelt werden. Die Zahl der Opfer sei steigend.

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



27  
28 Den größten Anteil des Handels mit Menschen nach Westeuropa macht der Frauenhandel in  
29 die Zwangsprostitution aus.<sup>1</sup>Diese ist gerade im ländlichen Raum ein großes Problem.  
30 Ostwestfalen etwa hat, bezogen auf die Bevölkerung, die höchste Dichte an bordellartigen  
31 Einrichtungen deutschlandweit.<sup>2</sup>

32 Der deutschen Justiz wird oft vorgeworfen, sie sei zu sehr am Täter und zu wenig am Opfer  
33 orientiert. Beim Thema Menschenhandel trifft dieser Vorwurf besonders. Gerade beim Thema  
34 Menschenhandel sind die Aussagen der OpferzeugInnen für eine Verurteilung der Täter  
35 zentral. Im deutschen Recht wurden die Betroffenen lange nur als ZeugInnen und weniger als  
36 zu schützende Opfer betrachtet. Mit dem 2004 in Kraft getretenen Opferrechtsreformgesetz  
37 wurden auch die Rechte der von Menschenhandel Betroffenen gestärkt. Dieser Schutz reicht  
38 aber noch nicht aus und muss noch verstärkt werden.<sup>3</sup>

39 In den meisten Fällen von Menschenhandel handelt es sich um illegale Migrantinnen, die in der  
40 Prostitution beschäftigt werden. Für sie droht also die Abschiebung in die Heimat. Bislang ist  
41 ein Aufenthaltsrecht an eine Zeugenaussage gebunden. Vor Gericht auszusagen ist für die  
42 Frauen in der Regel eine große Belastung. Sie müssen den Tätern gegenüberreten und den  
43 (oftmals männlichen) Beteiligten am Prozess ihre Geschichte erzählen. Die Verteidiger der  
44 Angeklagten versuchen sie zu verunsichern und unglaubwürdig zu machen.

45 In einigen Gerichtsprozessen geht es dann mehr um die Vorgeschichte der Frau, als um die  
46 erlebten Menschenrechtsverletzungen. Diese Prozesse bringen oft eine sogenannte „sekundäre  
47 Viktimisierung“ mit sich, also Frauen, die durch Re-Traumatisierung und Ausbleiben der  
48 erwarteten moralischen Genugtuung oder der eingeklagten vermögensrechtlichen Ansprüche,  
49 durch den Gerichtsprozess erneut zum Opfer werden.<sup>4</sup>Deshalb sollte auf die Betroffenen von  
50 Menschenhandel nicht durch die drohende Abschiebung Druck ausgeübt werden, sich dieser  
51 belastenden Prozedur zu stellen.

52 Die meisten Betroffenen von Menschenhandel wollen wieder zurück in ihre Heimat. In einigen  
53 Fällen ist das aber mit Gefahr verbunden. Frauen, die vor Gericht ausgesagt haben, können in  
54 ihrer Heimat kaum vor Vergeltung durch die Täter-Netzwerke geschützt werden. Deshalb muss  
55 für Opfer von Menschenhand ein Rechtsanspruch auf dauerhaftes Bleiberecht hergestellt  
56 werden.

57 Insgesamt müssen die Opferrechte von der Bereitschaft, im Prozess auszusagen, gelöst werden.  
58 Zusätzlich muss der Aufenthalt in Deutschland menschenwürdig gestaltet und finanziert  
59 werden. Dazu gehören eine Arbeitserlaubnis und die Finanzierung des Lebensunterhalts, von  
60 Therapien und Sprachkursen.

---

<sup>1</sup> Die Zahlen sind entnommen: Petra Follmar-Otto und Heike Rabe, Menschenhandel in Deutschland – Die Menschenrechte der Betroffenen stärken, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin Juni 2009, Seite 19-21.

<sup>2</sup> Siehe Mindener Tageblatt vom 17.11.2011 „Kampf gegen ein perfides System von Menschenhandel“.

<sup>3</sup> Siehe Deliana Popova, Auswertung der Studie: Das Opferrechtsreformgesetz: Kann es die Stellung der von Menschenhandel betroffenen Frauen im Strafprozess verbessern?, Herausgeberin: KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V., Potsdam 2006, [http://www.kok-buero.de/fileadmin/user\\_upload/medien/ORRG.pdf](http://www.kok-buero.de/fileadmin/user_upload/medien/ORRG.pdf).

<sup>4</sup> Siehe ebenfalls Popova, Auswertung der Studie: Das Opferrechtsreformgesetz

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



61 Eine hervorragende Arbeit wird in Deutschland von nichtstaatlichen Beratungsorganisationen  
62 geleistet. <sup>5</sup>Diese Organisationen müssen aus öffentlichen Mitteln ausreichend finanziert  
63 werden. Damit die MitarbeiterInnen von diesen Beratungsstellen eine vertrauensvolle  
64 Beziehung zu den Betroffenen von Menschenhandel aufnehmen können und um sie vor den  
65 Täter-Netzwerken zu schützen, müssen sie Zeugnisverweigerungsrecht erhalten.

66  
67 Freiwillig ausgeübte Prostitution kann und darf aufgrund der damit verbundenen  
68 Gefährdungen niemals als „normaler“ Beruf angesehen werden, trotzdem gilt es zu  
69 akzeptieren, dass es Prostitution gibt.

70 Das 2001 beschlossene Prostitutionsgesetz ermöglicht auch Prostituierten den Zugang zu  
71 Sozialversicherungssystemen und schafft einen rechtlichen Rahmen für die Ausübung von  
72 Prostitution unter angemessenen Arbeitsbedingungen. Rechtspolitisch wurde damit ein  
73 Wandel vom „Schutz vor der Prostituierten“ zum „Schutz in der Prostitution“. <sup>6</sup> Diese  
74 Entwicklung gilt es fortzuführen. Dazu ist eine Aufnahme von Bordellen in die  
75 Gewerbeordnung sinnvoll. Das ist bisher nur in einigen Kommunen in Deutschland möglich<sup>7</sup>,  
76 europaweite Erfahrungen zeigen aber, dass regional unterschiedliche Rechtsstandards den  
77 illegalen Sexmarkt begünstigen.

---

<sup>5</sup> Siehe ebenfalls Follmar-Otto und Rabe, Menschenhandel in Deutschland, Seite 46.

<sup>6</sup> Siehe dazu Joachim Renzikowski, Plädoyer für eine gewerbliche Reglementierung der Prostitution, aus Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten – ein gangbarer Weg für die Verbesserung der Situation der Prostituierten und zur nachhaltigen Bekämpfung des Menschenhandels?, Herausgeberin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2009, [http://www.kok-buero.de/fileadmin/user\\_upload/medien/studien/Prostitutionsregulierung.pdf](http://www.kok-buero.de/fileadmin/user_upload/medien/studien/Prostitutionsregulierung.pdf).

<sup>7</sup> Als Beispiel wird oft das „Dortmunder Modell“ genannt. Mehr Informationen darüber:  
[http://www.kriminalpolizei.de/articles.gewerberechtliche\\_anmeldung\\_und\\_konzessionierung,1,88.htm](http://www.kriminalpolizei.de/articles.gewerberechtliche_anmeldung_und_konzessionierung,1,88.htm)



Antragssteller: Jusos Minden-Lübbecke

Zur Weiterleitung an den SPD-Unterbezirksparteitag  
(Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion)

### 1 Stärkung von Jugend- und Auszubildendenvertreter

#### 4 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

6 Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass unabhängig  
7 zu den bestehenden Regelungen, im Betriebsverfassungsgesetz verankert wird, dass  
8 neu gewählte Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen in ihrer ersten Amtszeit,  
9 auch ohne Zustimmung des Betriebsrats, ein Anspruch auf mindestens zwei Wochen  
10 bezahlte Freistellung zu Weiterbildung im Rahmen ihrer JAV-Tätigkeit zusteht. Die  
11 Regelungen zur Kostenübernahme nach § 37 Abs. 6 in Verbindung mit § 40 BetrVG  
12 finden analog für diese zwei Wochen Anwendung.

#### 14 Begründung:

16 Um Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) auch aus schwierigen Betrieben  
17 die Möglichkeit zu geben, sich mit entsprechenden Weiterbildungsangeboten für die  
18 tägliche JAV-Arbeit vorbereiten zu können, sollen sie auf diese Weise gestärkt werden.

20 Die Meisten JAV-Vertreter haben keine Ahnung von ihren Rechten und Pflichten,  
21 deshalb muss Ihnen die Möglichkeit gegeben werden, auch während ihrer Ausbildung  
22 Seminare zu besuchen, um sich in Angelegenheiten der Mitbestimmung, auch  
23 gegenüber dem Betriebsrat zu qualifizieren, ohne dabei auf Urlaubstage oder  
24 Auszubildendengehalt zu verzichten.

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



Antragssteller: AK Verkehr, Umwelt, Energie der Jusos Minden-Lübbecke

Zur Weiterleitung an die SPD-Kreistagsfraktion  
über den SPD-Unterbezirksparteitag

### 1 Nulltarifsystem im öffentlichen Personennahverkehr

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Minden-Lübbecke setzt sich für ein Nulltarifsystem im öffentlichen Personennahverkehr  
3 innerhalb des Kreisgebietes ein. Dies bedeutet zunächst die Abschaffung von Fahrgasteinnahmen im  
4 Busverkehr und deren Substitution durch die Kommunen.

5  
6 Die SPD-Kreistagsfraktion soll der Verwaltung einen Prüfauftrag bezüglich der Kosten für den  
7 Kreishaushalt und der Einbettung dieses Projekts in das Tarifmodell des Sechlers erteilen. Eine  
8 Kompensation der anfallenden Kosten über eine „nutzungsgerechte“ Kreisumlage oder Projektmittel soll  
9 ebenfalls geprüft werden. Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert mit Bürgerforen zu diesem  
10 Thema zusätzlich eine öffentliche Diskussionsplattform für dieses Projekt einzurichten.

#### Begründung:

11  
12  
13  
14 Im Rahmen des gemeinwirtschaftlichen Vertrags zwischen der Trägergesellschaft des Busverkehrs MHV  
15 und der Bahntochter BVO beläuft sich die Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben seit  
16 Beginn des Vertrags am 12. Juni 2011 bereits auf 800.000 €. <sup>1</sup> Durch weniger Fahrgasteinnahmen müssen  
17 nun die ohnehin klammen Kommunen für diesen Betrag aufkommen. Zumindest in Minden sind  
18 jährliche Zusatzkosten von 600.000 € unter der gegebenen Haushaltslage nicht tragbar. Ein Aufbrechen  
19 des Teufelskreises aus dauerhafter Unterfinanzierung, Qualitätsreduzierung und sinkenden  
20 Fahrgastzahlen des öffentlichen Nahverkehrs ist nur mit einer grundlegenden Änderung der  
21 Finanzierung möglich. Bevor auf konkrete Finanzierungsoptionen des Nulltarifsystems eingegangen  
22 wird, soll kurz die aktuelle Situation des stark ausgebauten motorisierten Individualverkehrs skizziert  
23 werden.

24  
25 Neben Emissionen, also Luft- und Lärmverschmutzung, führen viele Autos auf der Straße auch zu mehr  
26 Unfällen. Außerdem wird gerade für sozial benachteiligte Menschen die Abhängigkeit des Alltags vom  
27 Auto zum Problem für den Geldbeutel: Steigende Benzinpreise sind immer schwieriger zu bezahlen und  
28 jede Fahrt muss gut überlegt sein. Darüber hinaus sollen aber vor dem Hintergrund des  
29 demographischen Wandels auch gerade ältere Menschen mobil bleiben dürfen, unabhängig von  
30 Verwandten oder privaten Fahrdiensten. Für uns ist der öffentliche Personennahverkehr wesentlicher  
31 Bestandteil einer guten Daseinsvorsorge. Wir fordern Teilhabe durch Mobilität!

32  
33

---

<sup>1</sup> Vgl. „Dem Busverkehr fehlt schon wieder Geld“ im Mindener Tageblatt vom 10.01.2012.

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



34  
35 Also muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut, oder zumindest in seinem aktuellen Angebot erhalten  
36 bleiben. Dies ist jedoch nur bei entsprechender Finanzierung möglich, die in den Kommunen des  
37 Mühlenkreises in Zeiten von strukturellen Defiziten und Nothaushalt immer schwieriger wird. Wir  
38 schlagen daher auf kommunaler Ebene die Erhöhung der Grundsteuer um einen Betrag, der zur  
39 Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ausreicht, vor. Im Gegensatz zu Gebühren, die eine konkrete  
40 Inanspruchnahme der bezahlten Leistung voraussetzen und Beiträgen, die normalerweise nicht für den  
41 laufenden Betrieb erhoben werden können, sind Mehreinnahmen der Grundsteuer auch für die  
42 Finanzierung eines Nulltarifsystems geeignet. Nachdem die Höhe der wegfallenden Fahrgasteinnahmen  
43 des Busverkehrs bestimmt wurde, kann die zur Kompensation notwendige Erhöhung des Hebesatzes der  
44 Grundsteuer B ermittelt werden. Natürlich hat der Mühlenkreis nicht die Möglichkeit der Grundsteuer,  
45 kann aber über die Kreisumlage die Kommunen belasten, in denen Busse verkehren. Diese Kreisumlage  
46 kann durch die einzelnen Kommunen mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer finanziert  
47 werden.

48  
49 Diese Prinzip kann am Beispiel Minden mit Zahlen nachvollzogen werden: Wenn die Stadt Minden  
50 jährlich 1 Mio. €<sup>2</sup> für das Nulltarifsystem aufwenden müsste, wäre auch eine Erhöhung der aktuellen  
51 Erträge durch die Grundsteuer B von 11,930 Mio. € im Jahr 2011<sup>3</sup> auf 12,930 Mio. € nötig. Dies ist ein  
52 Anstieg um 8,38%. Pro Einwohner müssten für das Nulltarifsystem 12,23 € an zusätzlicher Grundsteuer  
53 erhoben werden. Für einzelne Einwohner bedeutet eine solche Steuererhöhung also kaum zusätzliche  
54 Kosten.

55  
56 Kommen wir nun zu weiteren Vorteilen des Konzepts.<sup>4</sup> Es kann uns gelingen ein einfaches,  
57 unkompliziertes und bezahlbares Nahverkehrskonzept zu schaffen, das die Menschen zum Umdenken  
58 und Umsteigen bewegt. Außerdem werden die kommunalen Haushalte langfristig entlastet, da Straßen  
59 anstatt erweitert sogar zurückgebaut werden können, wie das Beispiel Hasselt seit 1997 beweist. Wir  
60 erreichen eine Attraktivierung des ÖPNV durch Zeitersparnis und Kundenfreundlichkeit. Auch für den  
61 Tourismus und Einzelhandel sind kostenlose Busfahrten von Vorteil.

62  
63 Dass ein solches Projekt als Gesamtkonzept funktionieren kann, zeigt exemplarisch das Beispiel der  
64 Stadt Hasselt (68.000 Ew.) in Belgien, wo der sozialdemokratische Bürgermeisterkandidat mit dem  
65 Projekt des Nulltarifsystems zwei Wahlen gewinnen konnte. Das Verkehrskonzept hat dazu geführt, dass  
66 bis zu 30 Prozent mehr Menschen in die Stadt kommen und die Umsätze des Einzelhandels seit der  
67 Umgestaltung stiegen. Außerdem sind die Fahrgastzahlen der Busse von 360.000 Fahrgästen im Jahr  
68 1996 auf 4.614.844 Fahrgäste im Jahr 2006 gestiegen. Ähnlich erfolgreich hat sich das Nulltarifkonzept in  
69 den Kleinstädten Lübben (15.000 Ew.) und Templin (14.000 Ew.) durchgesetzt.

70  
71 Wichtig ist vor allem, dass ein solches Projekt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern  
72 ausgearbeitet und diskutiert wird. Wir haben jetzt die Chance mit einer starken Bürgerbeteiligung  
73 interessierte Menschen ins Boot zu holen und zu zeigen, dass der öffentliche Nahverkehr auch im  
74 ländlichen Raum kein Auslaufmodell ist!

---

<sup>2</sup> Die Zahl ist geschätzt. Die Beispiele anderer Städte lassen diese Zahl jedoch realistisch erscheinen.

<sup>3</sup> Vgl. Haushalt der Stadt Minden 2011, Seite 421.

<sup>4</sup> Vgl. auch Maudet, René (2010): Nulltarifsystem im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Theorie und Praxis der Finanzierung. Diplomarbeit. Universität Trier.

# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



Antragssteller: Juso Unterbezirksvorstand

Zur Weiterleitung an den SPD-Unterbezirksparteitag

1 Keine Kameraüberwachung an Schulen – oder frei nach Pink Floyd: „We don’t need no video  
2 surveillance!“

3 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

4 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer sollten ihren Unterricht und  
5 ihre Pausen verbringen können ohne das Gefühl ständiger Überwachung zu  
6 bekommen. Im Kreis Minden-Lübbecke werden an immer mehr Schulen  
7 Überwachungskameras installiert. In der Stadt Minden sollen beispielsweise an drei  
8 weiteren Schulen Kameras eingesetzt werden (siehe Mindener Tageblatt vom  
9 28.01.2012). Erlaubt ist die Überwachung von Schulgrundstücken aber nur in  
10 Ausnahmefällen. Diese Ausnahmefälle werden im Mühlenkreis scheinbar zur Regel.  
11 Deshalb fordern wir von den SPD-Stadt- und Gemeinderatsfraktionen im Mühlenkreis  
12 sowie der SPD-Kreistagsfraktion Minden-Lübbecke:

- 13 • Keine weiteren Schulen im Mühlenkreis, weder Schulhöfe und  
14 Aufenthaltsräume noch Fahrradparkplätze und erst recht keine  
15 Unterrichtsräume, sollen von Kameras überwacht werden
- 16 • Die bisher an Schulen eingesetzte Kameraüberwachung soll genau überprüft  
17 und, wenn nicht eine ganz besondere Ausnahmesituation besteht, eingestellt  
18 werden.

19 Begründung:

20 Die Überwachung durch Videokameras greift immer in Persönlichkeitsrechte und ist  
21 deshalb zunächst kritisch zu betrachten. Die Überwachung in Schulen bildet hier sogar  
22 noch einen Sonderfall.

23 Aufgabe der Schulen ist es, die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu  
24 selbstbestimmten mündigen Persönlichkeiten zu fördern. Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1  
25 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG) unterrichtet und erzieht die Schule junge  
26 Menschen auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Dazu



# Jusos Minden-Lübbecke

## Beschluss



27 gehört, wie in Artikel 7 Abs. 1 der Landesverfassung ausdrücklich festgeschrieben,  
28 insbesondere auch die Erziehung im Geiste der Freiheit und Demokratie<sup>1</sup>.

29  
30 Dieser Grundsatz ist mit der Überwachung durch Kameras schwer vereinbar. Allein,  
31 wenn Schülerinnen und Schülern schon das Gefühl ständig gegeben wird, ständig von  
32 Kameras überwacht zu werden, ist eine Erziehung im Geiste der Freiheit und  
33 Demokratie nicht mehr möglich.

34  
35 Zulässig sind Überwachungen durch Kameras an Schulen, auch außerhalb der  
36 Unterrichtszeiten, nur, wenn eine Ausnahmesituation vorliegt. Ob solche  
37 Ausnahmesituationen an allen Schulen, an denen in Minden-Lübbecke Kameras  
38 installiert sind, vorliegen, ist anzuzweifeln.

39 Dazu kommt, dass der Nutzen durch die Kameras im Vergleich zu den Kosten sehr  
40 gering ist. Die Stadt Minden zahlt etwa pro überwachter Schule 14 000€ in der  
41 Anschaffung und 1 000€ jährlich als Betriebskosten. Der Schulleiter des Mindener  
42 Ratsgymnasiums, das seit mehreren Jahren Kameras einsetzt, erklärte im Mindener  
43 Tageblatt (ebenfalls in dem Artikel vom 28.01.2012), dass die Zahl der Fahrraddiebstähle  
44 nur leicht gesunken sei und man die Täter dank Kapuzen und Käppis oft nicht  
45 identifizieren könne.

46 Bettina Sokol, NRW-Landesbeauftragte für Datenschutz, hält den Einsatz von Kameras  
47 an Schulen ebenfalls nur in ganz besonderen Ausnahmesituationen für sinnvoll: „In  
48 aller Regel sollte [...] von einer Videoüberwachung an und in Schulen abgesehen  
49 werden, so dass im Interesse der betroffenen Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte das  
50 Motto an und in Schulen – frei nach Pink Floyd – vielmehr lauten könnte: 'We don't  
51 need no video surveillance!'"

---

<sup>1</sup> Siehe „Ich sehe, was du so tust – Videoüberwachung an und in Schulen“ Broschüre der Landesbeauftragten für Datenschutz, Bettina Sokol.



Antragssteller: Jusos Bad Oeynhausen

Zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion  
über den SPD-Unterbezirksparteitag

Beschluss: Überweisung an den AK Netzpolitik

## 1 Datenschutz und Verbraucherschutz endlich ernst nehmen – Datenbrief einführen

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Einführung des sog. Datenbriefes<sup>i</sup>  
3 einzusetzen.

4  
5 Firmen, Behörden und Institutionen werden mit der bundesweiten Einführung des  
6 Datenbriefes dazu verpflichtet, Bürgerinnen und Bürgern über ihre gespeicherten  
7 personenbezogenen Daten zu informieren. Die Information soll einmal jährlich kostenfrei an  
8 die Bürgerinnen & Bürger bzw. an die Kunden erfolgen.

9  
10 Begründung:

11  
12 Die Sammelwut von personenbezogenen Daten durch Firmen, Behörden oder  
13 Institutionen haben in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Verstärkt wurde diese  
14 Entwicklung durch den Einzug des Internet.

15  
16 Die Bürgerinnen und Bürger wissen oftmals nicht, wer deren personenbezogenen Daten im  
17 Laufe der Jahre gespeichert hat. Zwar regelt das Bundesdatenschutzgesetz das Auskunftsrecht  
18 der Bürgerinnen und Bürger bzw. Kunden eines Unternehmens, allerdings gehen die dort  
19 verankerten Regelungen an der Realität vorbei.

20  
21 Damit die Bürgerinnen und Bürger bzw. Kunden ihr Auskunftsrecht wahrnehmen können,  
22 müssen sie wissen welches Unternehmen/Institution ihre personenbezogenen Daten  
23 verarbeiten bzw. speichern. Oft vergessen die Kunden bei welchen Unternehmen sie ihre Daten  
24 hinterlegt haben und oft kommt erschwerend hinzu, dass die personenbezogenen Daten  
25 einfach weiterverkauft wurden.

26  
27 Durch den Datenbrief würde die Holschuld der Kunden/Bürgerinnen und Bürgern in eine  
28 Bringschuld der Firmen, Behörden und Institutionen geändert, die die personenbezogenen  
29 Daten verarbeiten.

30  
31  
32



33

34 Diese werden dazu verpflichtet einmal im Jahr automatisch eine Aufstellung über die  
35 gespeicherten Daten an die Bürgerinnen und Bürgern bzw. Kunden an die im System  
36 hinterlegten Kontaktdaten zugeschickt. Bei Rückläufern aufgrund von Nichtzustellung der  
37 Briefe bzw. Mails müssen die Daten sofort aus den Datenbanken gelöscht werden.

38

39 Weitere Vorteile des Datenbriefes sind, dass zum einen die Unternehmen/Institutionen und  
40 Behörden ihre Datenbestände aktuell halten können und zum anderen die Bürgerinnen und  
41 Bürger bzw. Kunden ihren Anspruch auf Datenlöschung unmittelbar wahrnehmen können.

---

<sup>i</sup> Weitere Infos zum Datenbrief: <http://www.ccc.de/datenbrief>



Antragssteller: Juso UB-Vorstand

Zur Weiterleitung an den SPD-Unterbezirksparteitag

1 **Nachhaltige Finanzierung der Jusos**

2

3 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

4

5 Für gute Arbeit ist eine gesicherte Finanzierung der Jusos notwendig. Alle Stadt-  
6 /Gemeindeverbände sollen pro Jahr und Mitglied 0,60€ auf das Konto der Jusos  
7 Minden-Lübbecke überweisen. Dieses Geld reicht für die Grundaussgaben wie  
8 Fahrtkosten, Materialien für Aktionen und Durchführung von Veranstaltungen. Für  
9 diese Grundaussgaben wollen die Jusos aus ihrem derzeitigen „Bettelstatus“  
10 herauskommen und das Geld ohne Bedingungen zu Anfang des Jahres zur Verfügung  
11 gestellt bekommen.

12 In Zukunft werden die Jusos dem SPD-Unterbezirksvorstand regelmäßig Berichte  
13 darüber vorlegen, welche Stadt-/Gemeindeverbände mit ihren Zahlungen im  
14 Rückstand liegen. Im Gegenzug werden die Jusos einmal im Jahr den Stadt-  
15 /Gemeindeverbänden einen Bericht über ihre Arbeit abliefern.

16

# **Jusos Minden-Lübbecke**

## **Nominierungen für den SPD-UBV**



An den  
SPD-Unterbezirk Minden-Lübbecke

Die Juso-Unterbezirkskonferenz hat am 10.03.2012 folgenden Personalvorschlag beschlossen:

- 1 Jens Vogel wird vom Juso-Unterbezirk Minden-Lübbecke für den Juso-Platz im
- 2 erweiterten SPD-Unterbezirksvorstand nominiert.
- 3
- 4 Micha Heitkamp wird vom Juso-Unterbezirk Minden-Lübbecke für den
- 5 geschäftsführenden SPD-Unterbezirksvorstand (Arbeitsgemeinschaften) nominiert.
- 6

**Jusos in der SPD**  
**Minden-Lübbecke**

V.I.S.P. Jens Vogel  
Lübbecker Str. 202  
32429 Minden

**fon:** 0571/50505-41

**fax:** 0571/50505-50

**mail:** [info@jusos-mi-lk.de](mailto:info@jusos-mi-lk.de)

**web:** [www.jusos-mi-lk.de](http://www.jusos-mi-lk.de)